



## **ASIEN/NORDKOREA - US-Amerikanischer Staatsbürger zu Zwangsarbeit verurteilt: Religionsgemeinschaften fordern Dialog**

Seoul (Fidesdienst) – „Der Fall Keneth Bae wird von Nordkorea meiner Meinung nach zur Öffnung eines direkten Dialogs mit den Vereinigten Staaten genutzt. Als Religionsgemeinschaften fordern wir erneut einen solchen Dialog unter Achtung der Menschenrechte und der Religionsfreiheit“, so der stellvertretende Sekretär der „Koreanischen Friedenskonferenz der Religionen“, Rev. Kim Tae Sung zum Fidesdienst. Die Konferenz setzt sich in Korea für Dialog, Aussöhnung und Frieden ein.

Der US-amerikanische Staatsbürger Kenneth Bae wurde am heutigen 2. Mai wegen „Staatsverbrechen“ in Nordkorea zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Der 44jährige Bae wurde in Südkorea geboren, besitzt aber die US-amerikanische Staatsbürgerschaft. Bae ist nach Aussage von Menschenrechtsaktivisten als praktizierender Christ als Mitarbeiter der karitativen Organisation „Joseph Connection“ tätig. Er wurde bereits im November 2012 festgenommen, weil er Fotos von unterernährten Kindern gemacht haben soll. In dem in Pjöngjang ergangenen Urteil werden keine Angaben zur Art des von Bae begangenen „Staatsverbrechens“ gemacht. Unterdessen baten die Vereinigten Staaten die Regierung in Nordkorea bereits um die Freilassung aus „humanitären Gründen“ und betonten, dass sich Bae mit einem „gültigen Visum“ in Nordkorea aufhielt. Bereits in der Vergangenheit wurde US-amerikanische Staatsbürger in Nordkorea inhaftiert und oft im Tausch gegen humanitäre wieder freigelassen.

Rev. Kim Tae Sung, erklärt im Gespräch mit dem Fidesdienst, dass angesichts der derzeitigen Spannungen zwischen Nord- und Südkorea der von den Religionsgemeinschaften geförderte Dialog auf zwei Ebenen stattfindet: „In Südkorea machen wir weiterhin auf das Thema der Aussöhnung aufmerksam, auf internationaler Ebene arbeiten wir mit der ‚Asien Conference of Religions for Peace‘ (ACRP) zusammen und versuchen Begegnungen zwischen Vertretern aus Nord- und Südkorea in die Wege zu leiten, damit der Dialog wieder aufgenommen werden kann. Eine solche Begegnung könnte bei der nächsten Versammlung der ACRP stattfinden, die Anfang Juni in Indonesien tagt.“ (PA) (Fidesdienst, 02/05/2013)